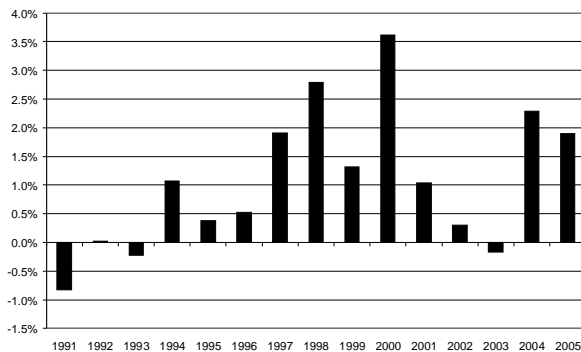
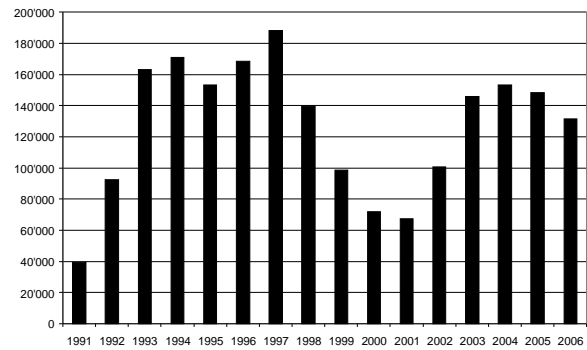


## Resolution: Sozialer Ausgleich fördert Zusammenhalt und Integration

Die in den letzten Monaten losgetretene Debatte über „Sozialhilfemissbrauch“ verschleiert, wo die zentralen Probleme und Herausforderungen im Bereich des Sozialen liegen. Tatsache ist: Die wirtschaftliche Stagnation der 1990er Jahre bzw. von 2001–2003 hat die Gesellschaft und die sozialen Sicherungsnetze vor grosse Herausforderungen gestellt.



Wachstumsraten BIP 1991–2005 ([www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch))



Arbeitslosigkeit 1991–2006 ([www.seco.admin.ch](http://www.seco.admin.ch))

Tiefe und mittlere Einkommensschichten erlitten Reallohnverluste bzw. mussten eine langjährige Lohnstagnation hinnehmen. Trotz eines geringen Wachstums des Bruttoeinkommens resultierte zwischen 1990 und 2001 eine Abnahme des *kurzfristig verfügbaren Einkommens*. In dieser Zeit hat sich die Ungleichheit zwischen armen und reichen Haushalten verstärkt, weil untere Einkommensschichten eine überdurchschnittliche Zunahme der Zwangsausgaben hinzunehmen hatten. Der Kanton Bern weist gar eines der schweizweit geringsten verfügbaren Einkommen für einkommensarme Familien mit Kindern auf. Das allein wegen der konjunkturellen Entwicklung stark belastete soziale Netz geriet aufgrund staatlicher Sparmassnahmen zusätzlich unter Druck. Leistungsabbau verstärkte die Verunsicherung in der Gesellschaft. Heute sind Kinder für viele Familien zu einem Armutsrisiko geworden; die Geburtenrate ist abgesunken und die Schweiz ist zunehmend auf Migration angewiesen. Kurz: Der gesamtgesellschaftliche Integrationsbedarf ist im letzten Jahrzehnt erheblich gewachsen.

Heute muss die gute Konjunktur und die Erholung der öffentlichen Finanzen für Investitionen in den sozialen Ausgleich, die Bildung und die Förderung der Integration genutzt werden. Die *Grünen Kanton Bern* fordern deshalb.

- Der Kanton Bern erhöht die Familienzulagen auf den schnellstmöglichen Zeitpunkt.
- Der Kanton Bern befreit Personen unter dem sozialen Existenzminimum von der Steuerpflicht. Steuern werden weiterhin nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhoben.
- Staatliche Transferleistungen (u.a. Prämienverbilligung Krankenkasse, Tarif Kindertagesstätten), Transfereinkommen und Steuern werden im Kanton Bern – ohne Leistungsabbau – so ausgestaltet, dass eine Erhöhung des Bruttoeinkommens zu keiner Verringerung des verfügbaren Einkommens führt. Der Kanton Bern identifiziert allfällige Sozialhilfefallen (falsch gesetzte Anreize in der Sozialhilfe) und baut diese gezielt ab.
- Der Kanton Bern baut das Angebot an Beschäftigungsmassnahmen zur beruflichen und sozialen Integration erwerbsloser Menschen gezielt aus.
- Sozialversicherungs- bzw. Sozialhilfemissbrauch wird mit den bestehenden rechtlichen Mitteln bekämpft.
- Der Kanton Bern fördert die Integration von MigrantInnen durch integrative Schulen, ausreichend Lehrstellen und Ausbildungsplätze, Sprachkurse sowie den Abbau rechtlicher Hindernisse.
- Die Leistungsfähigkeit der Sozialwerke ist – zum Beispiel mittels einer ökologischen Steuerreform – zu sichern. Weitere Abbaumassnahmen bei den Sozialversicherungen (ALV, IV) sind zu vermeiden.